

Wenn das Virus mutiert, muss die Schule sich anpassen (können)



Patrick Arendt
Präsident des SEW/OGBL

In einer Pressekonferenz am 14. Januar hatte das SEW/OGBL hauptsächlich Stellung bezogen zu der **Lage der Schulen in der Pandemie**

- mit einer Analyse der sanitären Maßnahmen,
- mit einer Analyse der Effizienz des Distanzunterrichts in den Grundschulen,
- mit der Feststellung, dass es kein Konzept zur Bildung von schulischen Unterstützungsmaßnahmen für die Schüler gibt, die in den langen Wochen des Lockdowns schulische Defizite angehäuft haben und riskieren den Anschluss in ihrer Klasse zu verlieren
- und mit der Kritik, dass es noch keinen Plan gibt wie die schulischen Prozeduren (wie z.B. die Orientierung im Zyklus 4.2.) an die Krisensituation angepasst werden könnten.

Am Donnerstag, dem 4. Februar verkündete der Bildungsminister seinerseits per Pressekonferenz die **Schließung der Grundschulen**, die in der Woche vor den Februarferien in den Modus des Distanzunterrichts wechselten. In einer ersten Phase waren die Sekundarschulen von dieser Maßnahme weniger betroffen, da sich die meisten Klassen in dieser Woche bereits in den Semesterferien befanden. Für die Schüler der Abschlussklassen sollte der Präsenzunterricht weiterlaufen.

Beim Schreiben dieser Zeilen ist noch nicht bekannt, ob und in welcher Form der Schulbetrieb nach den Ferien wieder aufgenommen werden kann. In der besagten Pressekonferenz verkündete der Minister, dass er sich nicht optimistisch zeige, dass der normale Unterricht nach den Ferien wieder stattfinden könne.

Es muss nicht betont werden, dass die öffentliche Schule **ein Garant für die soziale Kohäsion** und der Präsenzunterricht zum Eindämmen der sozialen Ungleichheiten beitragen kann.

Das SEW/OGBL unterstützt daher seit Anfang an das Bestreben des Bildungsministers, die Schulen im Modus des Präsenzunterrichts zu lassen, solange es die sanitäre Lage zulässt. Viele Lehrer waren und sind bereit dafür ein gewisses gesundheitliches Risiko in Kauf zu nehmen.

In einer Videokonferenz mit den Gewerkschaften zwei Tage vor der Pressekonferenz ließ nichts in den Aussagen des Ministers auf einen baldigen Wechsel in den Modus des Distanzunterrichts schließen. Es hieß lediglich, dass aufgrund der Variationen des Virus, es wohl schneller dazu kommen könnte, dass ganze Schulen in Quarantäne gesetzt werden müssten.

Das SEW/OGBL begrüßt trotzdem, dass der Minister schnell reagiert hat und eine Entscheidung getroffen hat, bevor die sanitäre Lage in den Schulen, wie in den Wochen im Dezember, außer Kontrolle gerät. Damit wird die Gesundheit der Kinder und des Lehrpersonals geschützt und die Verbreitung des Virus in den Familien reduziert.

Viele Lehrer*innen waren, zu Recht, aufgrund der Kurzfristigkeit und der Art und Weise der Ankündigung des Distanzunterrichts erbost. Mit allem Verständnis, dass die Entscheidung sehr kurzfristig getroffen werden musste, so ist doch inzwischen klar, dass sie schon mittwochs abends feststand. Bedauerlicherweise war dem Minister die mediale Präsenz wichtiger, so dass er es vorzog niemanden zu informieren, damit er die Nachricht publikumswirksam in seiner Pressekonferenz verkünden konnte. Die Gewerkschaften wurden offiziell erst Minuten vor der Pressekonferenz in Kenntnis gesetzt. (Man könnte die natürlich auch als einen gewaltigen Fortschritt sehen, da in der Vergangenheit die Gewerkschaften die Nachrichten erst aus den Pressekonferenzen erfuhren.)

Aus Respekt vor dem nicht unbeträchtlichen Aufwand, dem die Lehrer*innen aus dem Umschalten auf den Distanzunterricht ausgesetzt wurden, wäre es durchaus angebracht gewesen, die Schulen so

früh wie möglich zu benachrichtigen.

Es bleibt trotzdem die Frage nach der Transparenz dieser Maßnahmen. Das SEW/OGBL hatte schon früher nach Indikatoren auf nationalem Plan verlangt, die Szenarien für alle Schulen oder Regionen vorsehen. Diese Szenarien müssen stets der veränderten Gesamtlage angepasst werden, wie in diesem Falle durch Mutationen des Virus.

Eine Transparenz warum die Entscheidung die Schulen zu schließen in diesem Moment getroffen wurde und welche Personen bei diesen Entscheidungen maßgeblichen Anteil hatten, auf welchen Prognosen und wissenschaftlichen Studien sie sich basiert, ist nicht nur für die Akzeptanz im Bildungsbereich, auch der kommenden Maßnahmen in sicherlich schwierigen Wochen, wichtig, sondern sollte von der Regierung auch für die Kommunikation ein hehres Prinzip sein. Nur so kann man vermeiden, dass die Maßnahmen ständig in Frage gestellt werden.

Wobei Kritik an der Vorgehensweise ausdrücklich erlaubt sein sollte.

Wissenschaftliche Studien aus dem Ausland sind in ihrer Aussage inzwischen unzweideutig: der **Distanzunterricht** kann den **Präsenzunterricht** in der Klasse (zumindest bei Kindern unter 14 Jahren) nicht ansatzweise ersetzen.

Die Kinder müssen sich umstellen, die Eltern ihren Alltag umorganisieren und sich in die einzelnen Fächer und ihre Anforderungen einarbeiten. Dies bedeutet viel Stress und großer Druck in vielen Familien. Trotz großem Einsatz der Eltern haben in der Zwischenzeit viele Kinder einen größeren Rückstand in schulischen Fächern angehäuft. Das gilt insbesondere für Kinder, deren Eltern die Schulsprachen nicht (alle) beherrschen oder aus einem sozial benachteiligten Umfeld stammen. Die soziale Ungerechtigkeit der öffentlichen Schule, die es schon vor Ausbruch der Pandemie gab, verstärkt sich weiter. Diese Kinder riskieren die großen

Verlierer der Krise zu werden. Schon wurden erste Studien realisiert, um auszurechnen welchen Einfluss der Lockdown auf ihr späteres Einkommen und ihre berufliche Karriere haben könnte.

Die technischen Voraussetzungen sind, im Gegensatz zu unseren Nachbarländern, im reichen Luxemburg in den Schulen durchaus vorhanden. Allerdings gilt das für Familien nur bedingt. Eine Familie mit 3 Kindern und einem Elternteil im Homeoffice ist oft nicht ausgerüstet, um parallel den Kindern Zugang zu den Distanzveranstaltungen ihrer Klasse zu garantieren. Ganz abgesehen von den Familien, die nur über ein Handy, ohne Drucker, verfügen.

Das Ministerium hat es vollkommen versäumt in den vergangenen Monaten ein sinnvolles Konzept für den **Distanzunterricht** ausarbeiten zu lassen. (Hand aufs Herz: wäre der Distanzunterricht nur ansatzweise sinnvoll, hätte man längst überlegt die Schulen zu schließen und die Kinder zuhause vor den Bildschirm zu setzen.) Die vielen Teams Versammlungen, die mit den Schülern stattfinden, sind trotz des großen Einsatzes der Lehrer*innen vom schulischen Standpunkt nicht sehr zielführend.

Hier wäre eine ehrliche Kommunikation seitens des Bildungsministeriums angebracht. Es würde die Familien von einem Teil des Druckes befreien und erlauben den Fokus auf längerfristige Hilfsmaßnahmen in den Schulen und Klassen lenken.

Leider musste der Minister zugeben, dass er bisher keinen Plan vorlegen kann.

Das SEW/OGBL verlangt deshalb mit altem Nachdruck, dass die **schulischen Unterstützungsmaßnahmen**, die der Minister schon in den Sommerferien („mit breiter Brust“ wie ein Journalist vermerkte) ankündigte, auch in die Tat umgesetzt werden. Ein paar Alibi- Nachhilfestunden wie im letzten September werden das Problem nicht lösen.

Die **Nachhilfe** sollte während der regulären Schulstunden unter der Leitung der Klassenlehrer*innen organisiert werden.

Das dazu notwendige Lehrpersonal steht zur Verfügung.

Diplomierte Lehrer*innen wurden in den letzten Jahren in beträchtlicher Zahl aus den Klassen abberufen, um sich hauptsächlich administrativen Aufgaben zu

widmen. **Pädagogische Experten** wirken auf regionalem Plan und verbringen ebenfalls viel Zeit mit Papierkrieg und in unzähligen Versammlungen.

Durch die strengen sanitären Maßnahmen in der Gesellschaft ist in diesem Jahr die Grippeepidemie fast vollständig ausgefallen. Es kam deshalb nicht zu den gewohnten Engpässen bei den **Vertretungslehrer*innen**. Im Gegenteil: viele stehen abrufbereit und könnten schnell in die Schulen geordert werden.

Universitäten bieten ihre Kurse fast ausschließlich online an, so dass auch viele **Studenten** zulande sind und zumindest zeitweise bereit wären in den Schulen zu arbeiten.

Sie alle müssen unter der Leitung der Lehrerteams in den verschiedenen Zyklen in den Klassen dazu beitragen, dass die schulischen Rückstände aufzuarbeiten. Diese Hilfe muss ohne bürokratischen Aufwand und vor allem mittel- oder langfristig organisiert werden. Die Kinder werden noch länger unter den Auswirkungen der Pandemie zu leiden haben, auch wenn es uns erlaubt sein sollte die Masken wieder abzulegen.

Nicht nur die Erwachsenen leiden unter den psychischen Auswirkungen der Pandemie. Auch Kinder macht der Ausnahmezustand schwer zu schaffen. Sie leiden unter diversen Ängsten bis hin zu Angststörungen. Die Belastungen der Isolation, die Ungewissheit und die Sorgen der Eltern um ihre berufliche Zukunft machen ihnen schwer zu schaffen.

Eine **psychologische Betreuung** riskiert nicht nur die fachliche Kompetenz der Lehrer*innen zu sprengen, sondern ist auch in dieser Krise zeitlich in der Schule nicht zu schaffen. Das Bildungsministerium bietet deshalb eine Anlaufstelle für Kinder und Eltern an. Das SEW/OGBL will einen Schritt weitergehen und verlangt eine psychologische Unterstützung für die Kinder vor Ort in den Schulen, mit fachlich geschultem Personal (Psychologen), das für einzelne Schulen oder eine Region zuständig ist.

In wenigen Wochen sollen im Zyklus 4.2. die berüchtigten **standardisierten Tests** im Rahmen der **Orientierungsprozedur** stattfinden. Niemand kann voraussagen, ob und wann diese Tests stattfinden können. Da diese Tests, die von vielen Eltern immer noch als sogenannte Aufnahmeexamen angesehen werden, schon zu normalen Zeiten zu großem Stress in den

Familien führen, wäre es angebracht sie zeitnah gleich ganz abzusagen. Es würde den Kindern und Familien nicht nur von einem zusätzlichen Druck befreien, sondern den Kindern auch mehr Zeit geben in der Schule am Stoff weiter zu arbeiten. Zeit die in dieser Krise überaus kostbar ist.

Die Pandemie bedeutet eine große psychische Belastung für die ganze Bevölkerung. Der **zwischenmenschliche Ton** wird im Allgemeinen rauer und führt zu Spannungen zwischen den Schulpartnern., in dieser gespannten Lage, in der sich die Eltern berechnete Sorgen um ihre und die Zukunft ihrer Kinder. Frust macht sich bereit und entlädt sich, zwar in wenigen Fällen, doch manchmal umso heftiger gegen die Lehrer*innen. Das SEW/OGBL fordert den Bildungsminister auf einen dringenden Appell an die Eltern zu senden, den nötigen **Respekt** zu wahren.

Diese Pandemie wird uns noch lange in Atem halten und alle Schulpartner müssen weiter konstruktiv zusammenarbeiten.

Das SEW/OGBL ist weiterhin bereit in der Konzeptualisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen konstruktiv mitzuarbeiten.

Patrick Arendt